

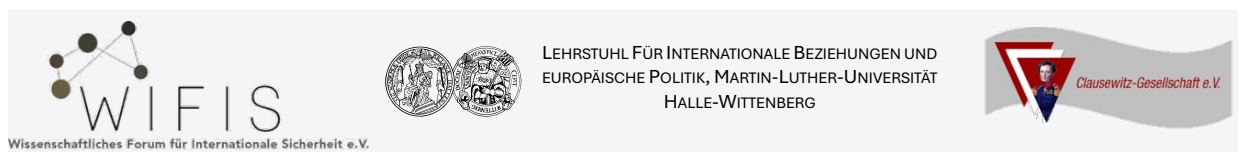
W I F I S
Wissenschaftliches Forum für
Internationale Sicherheit e. V.

TAGUNGSBERICHT
WIFIS-Jahrestagung 2026

Bedrohungsperzeptionen

28./29. Mai 2026 · Halle (Saale)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

in Kooperation mit der Clausewitz-Gesellschaft e. V. und dem Lehrstuhl
für internationale Beziehungen und europäische Politik, Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg



Inhaltsverzeichnis

Bedrohungsperzeptionen als Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Sicherheit	3
Eröffnung der Jahrestagung	4
Panel I: Bedrohungsperzeptionen zwischen sicherheitspolitischer Deutung und strategischer Lagebeurteilung	5
Panel II: Bedrohung aus Russland und Verteidigungsfähigkeit der NATO	7
Abendveranstaltung „Zur Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur“ .	10
Panel III: Streitkräfteplanung zwischen Bedrohungsanalyse und Handlungsfähigkeit	13
Panel IV: Kriegstüchtigkeit, Militarisierung und Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik	15
Schlussworte.....	17
Schlussbetrachtung: Bedrohungsperzeptionen im Spiegel der Tagungsbeiträge	18

Redaktioneller Hinweis:

*Der Tagungsbericht wurde von **Dr. Oscar Prust** verfasst. Er fasst zentrale Inhalte, Argumentationslinien und Diskussionspunkte der WIFIS-Jahrestagung 2026 subjektiv zusammen. Er beruht auf Mitschriften der Beiträge und Diskussionen. Die Darstellung gibt die Beiträge in redaktionell verdichteter Form wieder. Sie erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Dokumentation sämtlicher Wortbeiträge und wurde den ReferentInnen nicht zur Freigabe vorgelegt.*

Der MDR-Podcast „Was tun Herr General“ dokumentiert das erste Panel und das zweite Panel in voller Länge.

Bedrohungsperzeptionen als Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Sicherheit

Die Wahrnehmung von Bedrohungen gehört zu den zentralen Einflussfaktoren sicherheitspolitischen Handelns. Sie prägt politische Prioritätensetzungen, beeinflusst gesellschaftliche Debatten und wirkt auf die Ausgestaltung nationaler Strategien und internationaler Verhandlungen. Zugleich entstehen Bedrohungsperzeptionen nicht allein aus objektiv feststellbaren Gefahrenlagen. Sie werden durch historische Erfahrungen, politische Interessen, gesellschaftliche Präferenzen und kollektive Deutungsmuster mitgeprägt. Die Analyse von Bedrohungsperzeptionen eröffnet damit einen Zugang zu den Voraussetzungen und Hintergrundbedingungen sicherheitspolitischer Entscheidungen ebenso wie zu den Dynamiken internationaler Kooperation und Konfliktbewältigung. Vor diesem Hintergrund widmete sich die WIFIS-Jahrestagung 2026 dem Thema „Bedrohungsperzeptionen“.

Die vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit (WIFIS) in Kooperation mit der Clausewitz-Gesellschaft ausgerichtete Tagung fand am 28. und 29. Mai 2026 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Sitz der Geschäftsstelle von WIFIS, statt. 80 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Militär nahmen teil, darunter 18 WIFIS-Stipendiatinnen und Stipendiaten. Ziel war es, Bedrohungswahrnehmungen aus unterschiedlichen fachlichen und praktischen Perspektiven zu beleuchten sowie ihre Bedeutung für Politik, Streitkräfte, Gesellschaft und

internationale Ordnung zu diskutieren. Das Tagungsprogramm vereinte Beiträge aus Politikwissenschaft, Militär und sicherheitspolitischer Praxis. Im Mittelpunkt standen Fragen nach den Ursachen, Mechanismen und Folgen von Bedrohungsperzeptionen sowie deren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Dabei wurden sowohl sicherheitspolitische Herausforderungen durch eine zunehmend multipolare Ordnung als auch Entwicklungen in den Bereichen Technologie, Gesellschaft, Geopolitik und strategische Kommunikation aufgegriffen.

Die Tagung machte deutlich, dass Bedrohungen nicht lediglich als objektive Gegebenheiten verstanden werden können. Vielmehr entstehen sicherheitspolitisch relevante Bedrohungslagen häufig im Zusammenspiel von materiellen Fähigkeiten (*capabilities*) und der gesellschaftlichen Deutung sowie politischen Bewertung von Absichten (*intentions*).

Die Analyse dieser Wechselwirkungen bildete den gemeinsamen Bezugspunkt der unterschiedlichen Panels und Diskussionen. Mit sachlichem und sachkundigem Streit – ausgetragen in einer Atmosphäre, die trotz manch grundlegender Bewertungsunterschiede von gegenseitigem Respekt geprägt war.

Eröffnung der Jahrestagung

Eröffnet wurde die WIFIS-Jahrestagung 2026 durch den Präses des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit, **Prof. Dr. Johannes Varwick**. In seinen einführenden Bemerkungen skizzierte er WIFIS als Plattform zur Förderung wissenschaftlicher Forschung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie als Forum für den Austausch zwischen Wissenschaft, Streitkräften und sicherheitspolitischer Praxis. Zugleich hob er die erstmalige Kooperation mit der Clausewitz-Gesellschaft hervor.

Varwick ordnete das Tagungsthema in einen breiteren sicherheitspolitischen Kontext ein. Bedrohungsperzeptionen seien nicht allein als Reaktion auf objektive Gefahrenlagen zu verstehen, sondern auch als Ergebnis gesellschaftlicher, politischer und strategischer Deutungsprozesse. Die Tagung solle daher nicht lediglich bestehende Bedrohungsnarrative reproduzieren, sondern deren Voraussetzungen, empirische Grundlagen und politische Konsequenzen kritisch überprüfen. Besonderes Augenmerk galt dabei der Wahrnehmung Russlands als Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung. Im Mittelpunkt standen Fragen nach der Tragfähigkeit unterschiedlicher Analysen, der Angemessenheit politischer Schlussfolgerungen und den Grenzen zwischen begründeter Bedrohungseinschätzung und politischem Alarmismus.

Für die Clausewitz-Gesellschaft begrüßte **General a.D. Erhard Bühler**

die Zusammenarbeit beider Institutionen. Er charakterisierte die Clausewitz-Gesellschaft als unabhängigen Verein, dessen Ziel in der Förderung strategischen Denkens sowie der sicherheitspolitischen Debatte in Streitkräften, Wissenschaft und Öffentlichkeit liege. Zugleich betonte er die Bedeutung kontroverser fachlicher Auseinandersetzungen. Trotz unterschiedlicher Bewertungen einzelner strategischer Fragen bestehe bei WIFIS und Clausewitz-Gesellschaft ein grundlegender Konsens hinsichtlich der Einordnung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als Bruch des Völkerrechts und der damit einhergehenden Bedrohung der europäischen Sicherheit. Kontroversen entzündeten sich daher weniger an dieser Diagnose als an den daraus abzuleitenden politischen und strategischen Konsequenzen.

Bereits die Eröffnung machte damit ein zentrales Anliegen der Tagung sichtbar: Bedrohungsperzeptionen sollten weder als gegebene Tatsachen vorausgesetzt noch als bloße Konstruktionen relativiert werden. Vielmehr zielte die Tagung darauf ab, die Wechselwirkungen zwischen materiellen Bedrohungslagen, gesellschaftlicher Wahrnehmung, politischer Entscheidungsfindung und strategischer Kultur systematisch zu untersuchen. Dieser analytische Rahmen prägte die nachfolgenden Panels und Diskussionen in vielfältiger Weise.

Panel I: Bedrohungsperzeptionen zwischen sicherheitspolitischer Deutung und strategischer Lagebeurteilung

Das erste Panel eröffnete die inhaltliche Diskussion mit einer grundlegenden Spannung zwischen konzeptioneller Sicherheitsanalyse und militärstrategischer Lagebeurteilung, die im Austausch zwischen **Prof. Dr. Klaus Schlichte** und **General a.D. Erhard Bühler** unter der Moderation von **Prof. Varwick** sichtbar wurde.

Im Zentrum stand die Frage, wie Bedrohungen entstehen, wahrgenommen, politisch kommuniziert und in sicherheitspolitische Entscheidungen übersetzt werden. Damit rückte das Panel den analytischen Kern der Tagung in den Vordergrund: Bedrohungen sind weder allein aus materiellen Fähigkeiten noch allein aus subjektiven Wahrnehmungen erklärbar, sondern entstehen im Zusammenspiel von militärischen Potenzialen, Absichtszuschreibungen, historischen Erfahrungen, institutionellen Entscheidungen und öffentlicher Kommunikation.

Ein wesentlicher Diskussionsstrang bezog sich auf die Entwicklung der Bundeswehr seit den 1990er Jahren. Der langfristige Wandel von einer auf Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichteten Streitkraft hin zu leichteren, einsatzorientierten Strukturen für internationales Krisenmanagement wurde dabei nicht nur als organisatorische Anpassung beschrieben, sondern als Ausdruck veränderter Bedrohungsperzeptionen nach dem Ende des Kalten Krieges eingeordnet. Die Rückkehr zu Abschreckung,

Territorialverteidigung und großräumiger Bündnisverteidigung erschien vor diesem Hintergrund nicht als bloße politische Kurskorrektur, sondern als strukturell anspruchsvoller Re-Orientierungsprozess. Investitionsrückstände, Fähigkeitslücken und industriepolitische Versäumnisse wurden damit als Folgen längerfristiger sicherheitspolitischer Prioritätenverschiebungen sichtbar.

Ein zweiter Schwerpunkt lag auf den Ursachen der gegenwärtigen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen. In der Diskussion traten unterschiedliche Deutungen hervor. Die russische Behauptung, die NATO stelle eine unmittelbare militärische Bedrohung für Russland dar, wurde von den Panelisten nicht als tragfähige Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine akzeptiert. Zugleich wurde deutlich, dass Bedrohungswahrnehmungen nicht ausschließlich aus objektiven Kräfteverhältnissen hervorgehen. Historische Erfahrungen, symbolische Politik, außenpolitische Kommunikation und wechselseitige Zuschreibungen beeinflussen, wie Akteure Bedrohungen deuten und strategisch verarbeiten. Die Diskussion machte damit eine wichtige analytische Unterscheidung sichtbar: Russische Rechtfertigungsnarrative, reale militärische Bedrohungslagen und subjektive Bedrohungswahrnehmungen müssen getrennt untersucht werden, auch wenn sie politisch ineinandergreifen.

Prof. Dr. Klaus Schlichte akzentuierte Bedrohungsperzeptionen vor allem als gesellschaftlich und politisch vermittelte Deutungsprozesse. Sein Beitrag warnte vor einer Reduktion sicherheitspolitischer Konflikte auf militärische Kräfteverhältnisse. Bedrohungen wurden vielmehr als Ergebnis von Wahrnehmungen, Narrativen, Signalen und Beobachtungsprozessen verstanden. Schlichte nahm mehrere Gefahrenkategorien in den Blick: Sicherheitsdilemma, „*getting dragged in*“, hohe Opportunitätskosten von Rüstung, internationaler Ansehensverlust sowie Rückkehr von Machtstaatlichkeitsdenken. Damit rückten kommunikative Dynamiken, historische Deutungsmuster und gesellschaftliche Verarbeitung sicherheitspolitischer Entwicklungen in den Vordergrund. Aus dieser Perspektive ist entscheidend, wie Bedrohungen politisch bezeichnet, öffentlich plausibilisiert und in kollektive Erwartungshorizonte eingeschrieben werden.

General a.D. Erhard Bühler setzte dem eine stärker militärstrategische Perspektive entgegen. Ausgangspunkt war die Einschätzung, dass die Phase kooperativer Sicherheit mit Russland gegenwärtig faktisch beendet sei. Daraus folge die Notwendigkeit, europäische und transatlantische Verteidigungsfähigkeit wieder konsequent an Abschreckung, Bündnisverteidigung und operativer Handlungsfähigkeit auszurichten. Vertrauensbildende Maßnahmen und zukünftige kooperative Elemente wurden damit nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Sie erschienen jedoch nicht als voraussetzungslose Alternative zur Verteidigungsplanung, sondern als politisch gebundene Instrumente, deren Tragfähigkeit von verlässlichen

Rahmenbedingungen und grundlegenden Veränderungen im russischen Verhalten abhängt.

Die Diskussion erweiterte diese Gegenüberstellung um weitere Dimensionen gegenwärtiger Bedrohungsperzeptionen. Aus dem Publikum wurden die tatsächliche militärische Leistungsfähigkeit Russlands, hybride Bedrohungen, der Schutz kritischer Infrastrukturen, gesellschaftliche Resilienz westlicher Demokratien, politische Priorisierung sicherheitspolitischer Herausforderungen sowie die öffentliche Kommunikation von Bedrohungen angesprochen. Damit blieb das Panel nicht bei der klassischen militärischen Bedrohungsanalyse stehen. Sichtbar wurde vielmehr, dass Bedrohungsperzeptionen an der Schnittstelle von militärischer Lage, politischer Kommunikation, gesellschaftlicher Verwundbarkeit und strategischer Entscheidungsfähigkeit entstehen.

Das Panel legte damit einen analytischen Ausgangspunkt für die weitere Tagung. Es zeigte, dass sicherheitspolitische Bedrohungen weder durch den Verweis auf militärische Fähigkeiten noch durch den Hinweis auf subjektive Wahrnehmungen hinreichend verstanden werden können. Entscheidend ist die Verbindung beider Ebenen: Fähigkeiten müssen interpretiert, Absichten zugeschrieben, historische Erfahrungen verarbeitet und politische Konsequenzen kommuniziert werden. Gerade in dieser Verbindung liegt die sicherheitspolitische Relevanz von Bedrohungsperzeptionen.

Panel II: Bedrohung aus Russland und Verteidigungsfähigkeit der NATO

Das zweite Panel widmete sich der Frage, wie die Bedrohung durch Russland und die Verteidigungsfähigkeit der NATO gegenwärtig einzuschätzen sind. Unter der Moderation von **Brigadegeneral a.D. Reiner Schwalb** diskutierten **Oberst a.D. Wolfgang Richter** und **Prof. Dr. Gerlinde Groitl** die europäische Sicherheitslage im Spannungsfeld von russischem Revisionismus, westlicher Ordnungspolitik, militärischer Abschreckung und erneuerter Rüstungskontrolle.

Schwalb führte mit einer begrifflichen Akzentverschiebung in die Diskussion ein. Während im ersten Panel die Art gegenwärtiger Bedrohungen im Vordergrund gestanden hatte, rückte nun die Frage nach dem Akteur der Bedrohung stärker ins Zentrum. Damit wurde Bedrohungspersonen nicht nur als Wahrnehmung abstrakter Gefahren, sondern als Zuschreibung politischer Absichten, gesellschaftlicher Entschlossenheit und militärischer Fähigkeiten gefasst. Schwalb problematisierte zugleich, ob Russland nicht auch Angst exportiere und westliche Gesellschaften sich durch eigene Wahrnehmungsmuster teilweise selbst abschreckten.

Wolfgang Richter strukturierte sein Eingangsstatement entlang von vier Thesen. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass sich Deutschland und Europa in einer Situation befinden, in der nicht nur Russland, sondern mehrere Großmächte Gewalt wieder offen als Mittel der Politik einsetzen. Daraus folge die Notwendigkeit, europäische

Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Richter verband diese Diagnose jedoch mit einer historischen Einordnung der gegenwärtigen Konfrontation.

Er zeichnete die Erosion kooperativer Sicherheits- und Rüstungskontrollstrukturen seit den 2000er Jahren nach und verwies dabei auf NATO-Erweiterungsdebatten, den Georgienkrieg, die Annexion der Krim, den Krieg im Donbas, das Minsker Abkommen sowie die erneute Ausrichtung der NATO auf Landes- und Bündnisverteidigung.

Im Zentrum seiner Analyse stand die Frage, wie plausibel die Annahme einer unmittelbaren russischen Bedrohung der NATO sei. Richter unterschied hierfür zwischen politischer Absicht und militärischer Fähigkeit. Die russische Gewaltanwendung gegen die Ukraine stelle eine erhebliche sicherheitspolitische Herausforderung dar; daraus folge jedoch nicht automatisch, dass Russland die Absicht oder Fähigkeit habe, die NATO militärisch anzugreifen. Eine entsprechende Absicht sei aus seiner Sicht nicht erkennbar, solange Russland sich nicht selbst existenziell bedroht sehe. Auch materiell bewertete er einen Angriff auf die NATO in absehbarer Zeit als wenig plausibel. Ein erheblicher Teil der russischen Landstreitkräfte sei in der Ukraine gebunden, die Verluste seien hoch, Gerät und Bestände teilweise veraltet, die industrielle Erneuerung begrenzt. Demgegenüber verfügten Europa und die USA

zusammen über deutlich überlegene konventionelle, technologische und aufklärungsbezogene Fähigkeiten, insbesondere in Luftmacht, Satellitenaufklärung, Führung, Vernetzung sowie Raketen- und Drohnenabwehr.

Richter relativierte damit nicht die Notwendigkeit militärischer Vorsorge. Sein Beitrag zielte vielmehr auf eine präzise Validierung von Bedrohungsszenarien. Auch Szenarien eines regional begrenzten russischen Vorgehens gegen das Baltikum bewertete er zurückhaltend. Die NATO habe ihre *Forward Presence* erheblich ausgeweitet; Deutschland übernehme dabei eine Führungsrolle. Ob die Allianz auf einen begrenzten Angriff reagieren würde, stelle sich deshalb anders dar als noch vor einigen Jahren. Bedrohungsanalyse müsse Raum, Zeit, politische Absicht, militärische Fähigkeiten und Eskalationsrisiken zusammendenken.

Ein weiterer Schwerpunkt seines Beitrags lag auf der Gefahr von Fehlwahrnehmungen, Zwischenfällen und Eskalationsdynamiken. Militärische Spannungen an den Kontaktlinien zwischen NATO und Russland, regelmäßige Luft- und Seebegegnungen sowie wechselseitige strategische Nervosität erhöhten aus Richters Sicht das Risiko unbeabsichtigter Eskalation. Daraus leitete er die Notwendigkeit ab, Risikoreduzierung, Rüstungskontrolle sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen wieder stärker zu berücksichtigen. Richter plädierte dabei für einen direkten Dialog europäischer Staaten mit Russland und nicht nur für indirekte Kommunikation über die USA. Langfristig müsse europäische Sicherheit wieder auf Berechenbarkeit, strategischer Zurückhaltung und stabilen Formen des Nebeneinanders beruhen, ohne normative

Grundprinzipien europäischer Sicherheit preiszugeben.

Gerlinde Groitl nahm eine stärker ordnungspolitische Analyse des russisch-westlichen Konflikts. Sie deutete den Krieg gegen die Ukraine nicht als bloße Reaktion Russlands auf westliches Handeln, sondern als Ausdruck eigenständiger russischer Ordnungsvorstellungen. Bereits seit den 1990er Jahren habe Moskau den post-sowjetischen Raum als besondere Einflusszone verstanden und damit ein anderes Verständnis vertreten als der Westen, der auf staatliche Selbstbestimmung, institutionelle Integration und liberale Ordnungsvorstellungen setzte. Aus dieser Kollision unterschiedlicher Ordnungsideen habe sich die Konfliktlage schrittweise verschärft: von einer anfänglichen, widerwilligen Anpassung Russlands an die europäische Nachkriegsordnung hin zu einem destruktiven Revisionismus, der den eigenen Großmachtstatus zunehmend militärisch und mit hybriden Mitteln durchzusetzen versuche.

Groitl betonte zugleich, dass Russland ökonomisch, technologisch und gesellschaftlich kein aufsteigender Machtpol sei, seine militärischen Fähigkeiten und seine Bereitschaft zum Gewalteinsatz jedoch sicherheitspolitisch ernst genommen werden müssten. Daraus folge, dass der Westen weniger auf kurzfristige Lösungen als auf langfristiges Konfliktmanagement setzen müsse. Kritisch bewertete sie strategische Unklarheiten und Zielvermeidung insbesondere in Deutschland. Wer die Ukraine unterstütze, müsse präziser bestimmen, welches politische Ziel verfolgt werde und welche Mittel dafür realistisch verfügbar seien. Unrealistische Beitrittsperspektiven der Ukraine zur EU oder

NATO seien problematisch, wenn sie nicht mit tragfähigen sicherheitspolitischen Konsequenzen verbunden würden. Entscheidend sei ein nüchterner Umgang mit Zielkonflikten: Unterstützung der Ukraine, Abschreckung gegenüber Russland, Wahrung europäischer Selbstbestimmung und Vermeidung strategischer Selbsttäuschung müssten zusammengedacht werden.

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie russische Bedrohungsperzeptionen, westliche Ordnungsvorstellungen seit 1990 und die gegenwärtige europäische Sicherheitslage analytisch zueinander ins Verhältnis gesetzt werden können. Kontrovers verhandelt wurde, ob russische Politik primär als Reaktion auf westliche Erweiterungs- und Integrationsprozesse oder als Ausdruck einer längerfristigen Großmacht- und Einflusszonenlogik zu verstehen sei. Zugleich wurde deutlich, dass beide Perspektiven nicht einfach gegeneinander ausgespielt werden können. Die europäische Sicherheitsordnung nach 1990 beruhte einerseits auf Inklusion, Dialog und rüstungskontrollpolitischen Arrangements; andererseits blieb offen, ob diese Ordnung russische Ordnungsvorstellungen und Einflussansprüche in der eigenen Nachbarschaft dauerhaft integrieren konnte.

Die Diskussion verlagerte den Blick damit von einer historischen Ursachenfrage auf gegenwärtige sicherheitspolitische Konsequenzen. Wiederholt thematisiert wurden die veränderte Kriegsführung durch Drohnen und neue Technologien, die Frage europäischer Verteidigungsfähigkeit bei unsicherer amerikanischer Verlässlichkeit sowie das Verhältnis von

Abschreckung, politischer Kommunikation und Rüstungskontrolle. Europäische strategische Autonomie wurde skeptisch beurteilt. Nicht nur Fähigkeitslücken, sondern auch fehlende politische Einigkeit, unklare Zieldefinitionen und Defizite gemeinsamer strategischer Kultur wurden als strukturelle Hindernisse benannt.

Besonders deutlich trat dies in der Diskussion über die Ukraine hervor. Sicherheitsgarantien, NATO-Perspektive und westliche Unterstützung wurden nicht nur normativ, sondern auch praktisch an die Frage glaubwürdiger Bündnisverpflichtungen gebunden. Kritisch problematisiert wurde ein mögliches „*overpromising and underdelivering*“ gegenüber der Ukraine. Zugleich bestand Einigkeit, dass russische Gewaltpraktiken und die Lage in den besetzten Gebieten nicht relativiert werden dürfen. Damit verdichtete sich die zentrale Frage des Panels: Wie kann Europa zugleich abschreckungsfähig, dialogfähig und politisch belastbar bleiben?

Während Richter vor einer Überdehnung russischer Bedrohungsprojektionen warnte und Risikoreduzierung sowie Rüstungskontrolle stärker gewichtete, betonte Groitl die Eigenständigkeit russischer revisionistischer Ordnungsvorstellungen und die Notwendigkeit westlicher Zielklarheit. Gerade diese Differenz markierte den analytischen Ertrag des Panels: Europäische Sicherheit hängt nicht allein von abstrakten Ordnungsformeln ab, sondern von konkreter Handlungsfähigkeit, glaubwürdiger Abschreckung, belastbarer Kommunikation sowie der Fähigkeit, Eskalationsrisiken zu begrenzen.

Abendveranstaltung „Zur Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur“

Die Abendveranstaltung – die in Kooperation mit dem Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand und zu der neben den Konferenzteilnehmern weitere rund 250 Zuhörer aus Universität und Stadtgesellschaft in den Hörsaal fanden, setzte die Diskussion des ersten Konferenztages auf Ebene der europäischen Sicherheitsordnung fort. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins und Bundestagsabgeordnete **Michael Müller** moderierte als WIFIS-Vorstandsmitglied den Abend.

Im Mittelpunkt des Vortrags des Bundestagsabgeordneten **Dr. Rolf Mützenich** stand die Kritik an einer sicherheitspolitischen Engführung Europas auf Aufrüstung, Machtpolitik und nuklearer Abschreckung. Ausgangspunkt war die Frage, wie europäische Sicherheit unter Bedingungen multipolarer Machtverschiebung, normativer Glaubwürdigkeitsverluste und nuklearer Instabilität politisch eingeeht werden kann.

Mützenich entwickelte seine Überlegungen aus der Perspektive eines langjährigen außen- und sicherheitspolitischen Parlamentariers, dessen Denken erkennbar in der Tradition sozialdemokratischer Friedens-, Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik steht. Zugleich setzte er klar voraus, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine einen historischen Einschnitt darstellt und nicht relativiert werden darf. Seine Argumentation zielte daher nicht auf eine Bagatellisierung russischer Aggression,

sondern auf die Frage, welche politischen Schlussfolgerungen Europa jenseits rein militärischer Reaktionen ziehen müsse.

Den russischen Krieg gegen die Ukraine ordnete Mützenich in eine breitere Umbruchslage ein. Die sicherheitspolitische „Zeitenwende“ sei nur eine von mehreren gleichzeitigen Zäsuren: technologische Transformation, Wandel von Arbeits- und Wirtschaftsordnungen, Klimakrise, globale Ungleichheit und Verteilungskonflikte veränderten ebenfalls die internationale Politik. Damit wandte er sich gegen eine europäische Selbstdeutung, die die eigene sicherheitspolitische Zäsur vorschnell zur globalen Zeitenwende verallgemeinert. Aus der Perspektive vieler Staaten in Lateinamerika, Asien oder Afrika stellten sich Bedrohungen und Prioritäten anders dar. Gerade diese Differenz von Bedrohungsperzeptionen bildete einen zentralen Bezugspunkt seines Vortrags.

Daran schloss Mützenich eine Kritik an der Renaissance klassischer Machtpolitik an. Die gegenwärtige Rede von Multipolarität, Machtzentren, Einflussphären und Gleichgewichtspolitik erinnere an Ordnungsvorstellungen des 18. und 19. Jahrhunderts. Dem stellte er die Rechtsgleichheit der Staaten als normative Grundlage internationaler Ordnung gegenüber. Für eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur folge daraus, dass Europa Sicherheit nicht allein als Selbstbehauptung eines Machtzentrums verstehen dürfe.

Sicherheit müsse auf Souveränität, Regelbindung, institutioneller Einhegung und rechtlicher Gleichheit beruhen.

Besondere Bedeutung maß Mützenich der völkerrechtlichen Glaubwürdigkeit westlicher Politik bei. Das Völkerrecht erschien in seinem Vortrag als Mindestmaßstab internationaler Ordnung, dessen selektive Anwendung strategische Kosten erzeugt. Er problematisierte den Umgang mit dem Internationalen Strafgerichtshof, unterschiedliche Bewertungen internationaler Rechtsverletzungen sowie westliche Ambivalenzen im Gaza-Krieg. Der Punkt war nicht allein normativ, sondern ordnungspolitisch: Wer gegenüber Staaten des Globalen Südens eine regelbasierte Ordnung einfordert, verliert Anschlussfähigkeit, wenn rechtliche Maßstäbe politisch selektiv angewandt werden.

Zentral war zudem die nukleare Dimension. Mützenich sprach von einer weiteren, nuklearen Zeitenwende angesichts der Erosion zentraler rüstungskontrollpolitischer Arrangements zwischen den USA und Russland. Kritisch bewertete er die Leichtfertigkeit, mit der in Teilen der europäischen Debatte über nukleare Verfügungsrechte, nukleare Teilhabe oder europäische Beteiligung an Atomwaffen gesprochen werde. Solche Debatten wirkten über Europa hinaus: Wenn westliche Staaten nukleare Optionen neu diskutierten, werde es schwieriger, anderen Staaten glaubwürdig nukleare Zurückhaltung abzuverlangen.

Rüstungskontrolle verstand Mützenich nicht als idealistische Abrüstungsformel, sondern als Instrument strategischer Stabilisierung. An die Erfahrungen des Kalten Krieges anknüpfend, betonte er, Rüstungskontrolle

diene zunächst der Risikobegrenzung, Kommunikation und Berechenbarkeit antagonistischer Beziehungen. Gerade unter den Bedingungen des russischen Angriffskrieges müsse Europa prüfen, welche Gesprächs-, Kontroll- und Begrenzungsformate gegenüber Russland möglich seien. Fehlende Gesprächsbereitschaft der Gegenseite werde nur dann sichtbar, wenn entsprechende Angebote überhaupt formuliert würden.

Auch innenpolitisch fasste Mützenich Sicherheit breiter als militärische Verteidigung. Steigende Verteidigungsausgaben verstand er als Teil eines distributiven Konflikts, in dem Sicherheit mit Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und sozialer Gerechtigkeit konkurriert. Daraus folgte kein Argument gegen Verteidigungsfähigkeit, wohl aber gegen finanz- und beschaffungspolitische Entgrenzung. Eine Gesellschaft sei auch deshalb schützenswert, weil sie demokratische Legitimation, sozialen Zusammenhalt und politische Teilhabe gewährleistet.

Für Europa leitete Mützenich daraus mehrere Konsequenzen ab. Europa müsse außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähiger werden, ohne Sicherheit in der Sprache bloßer Machtprojektion zu formulieren. Deutschland müsse seine künftige Rolle sensibel reflektieren; der Anspruch, stärkste konventionelle Armee Europas zu werden, könne bei Partnern auch historische Sorge reaktivieren. Europäische Verteidigungsfähigkeit müsse deshalb arbeitsteilig, institutionell eingebunden und politisch kontrolliert entwickelt werden.

Der Kommentar von **Alisa Grunert M.A.** vom Lehrstuhl internationale Beziehungen der Universität Halle-Wittenberg übersetzte diese Diagnose stärker in eine institutionelle

Perspektive. Ausgehend von der Krise der europäischen Sicherheitsordnung stellte sie die Frage, ob bestehende Institutionen restrukturiert oder neue Formate kontrollierter Neuordnung geschaffen werden müssten. Eine Restrukturierung könne an Instrumente der OSZE anknüpfen, etwa Informationsaustausch, vertrauensbildende Maßnahmen und Transparenzregime. Zugleich verwies sie auf die Blockadeanfälligkeit konsensbasierter Institutionen. Institutionelle Kontinuität könne unter Krisenbedingungen selbst zum Hindernis strategischer Anpassungsfähigkeit werden.

Dem stellte Grunert die Möglichkeit neuer Entscheidungsmechanismen und kleinerer Formate strategischer Kommunikation gegenüber. Dabei ging es nicht um eine institutionelle *tabula rasa*, sondern um Foren, in denen zentrale europäische Staaten, die Ukraine sowie die USA und Russland als entscheidende militärische und nukleare Akteure eingebunden wären. Unterschiedliche Bedrohungsperzeptionen müssten institutionell verarbeitet werden: die Sicherheitsinteressen der Ukraine, Russlands, der baltischen und osteuropäischen Staaten sowie größerer europäischer Mächte könnten nicht durch eine einseitige Ordnungsperspektive ersetzt werden. Ziel wäre nicht Harmonie, sondern die kontrollierte Stabilisierung strategischer Rivalität.

In der Diskussion wurden die Spannungen des Vortrags weiter präzisiert. Thematisiert wurden realistische Ansatzpunkte neuer Rüstungskontrolle, das Verhältnis von Interessenpolitik und wertebasierter Außenpolitik, die Frage, ob Dialogangebote gegenüber Russland als Schwäche ausgelegt werden könnten, sowie die Rolle der

USA für europäische Sicherheit. Mützenich hielt daran fest, dass Verteidigungsfähigkeit und Dialogangebote kein Gegensatz seien. Gerade ein verteidigungsfähiges Europa könne Gesprächs- und Rüstungskontrollangebote unterbreiten, ohne politische Schwäche zu signalisieren.

Weitere Diskussionspunkte betrafen bewaffnete Drohnen, Beschaffungspolitik und Rüstungsindustrie. Mützenich betonte, vor der Bewaffnung von Drohnen seien klare Einsatzregeln und ethische Maßstäbe erforderlich. In der Verteidigungsindustriepolitik sprach er sich für stärkere europäische Integration, Fähigkeitsbündelung und politische Steuerung aus. Mit Blick auf die USA wurde deutlich, dass europäische Sicherheit nicht mehr selbstverständlich auf stabile transatlantische Rückversicherung bauen kann. Europa müsse souveräner werden, ohne die USA als möglichen Partner auszuschließen.

Der Vortrag zeigte, dass Bedrohungsperzeptionen nicht nur sicherheitspolitische Lageeinschätzungen erzeugen, sondern politische Ordnungsentwürfe strukturieren. Bei Mützenich standen drei Ebenen im Vordergrund: die militärische Bedrohung durch Russland, die nukleare und technologische Destabilisierung internationaler Sicherheit sowie die politische Gefahr einer westlichen Selbstverengung auf Machtpolitik und militärische Handlungsfähigkeit. Grunert ergänzte diese Perspektive um die institutionelle Frage, wie divergierende Bedrohungswahrnehmungen in einer künftigen Sicherheitsarchitektur verarbeitet werden können. Die produktive Spannung des Abends lag damit zwischen bewahrender Restrukturierung und kontrollierter Neuordnung.

Panel III: Streitkräfteplanung zwischen Bedrohungsanalyse und Handlungsfähigkeit

Das dritte Panel rückte die Frage in den Mittelpunkt, wie sicherheitspolitische Bedrohungswahrnehmungen in konkrete Streitkräfteplanung übersetzt werden. **Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser** und **Generalleutnant a.D. Gert Nultsch** näherten sich unter der Moderation des WIFIS-Vorstandsmitglieds **Dr. Dan Krause** diesem Problem aus unterschiedlichen Perspektiven, kamen jedoch zu einem gemeinsamen Befund: Die veränderte Bedrohungslage, insbesondere an der NATO-Ostflanke, zwingt Deutschland und Europa zu einer Neubestimmung ihrer Verteidigungsplanung. Höhere Verteidigungsausgaben und politische Bedrohungsdiagnosen reichen dafür nicht aus. Entscheidend ist, ob Bedrohungssperzeptionen in strategisch kohärente, finanziell tragfähige, industriell realisierbare und operativ verfügbare Fähigkeiten überführt werden.

Ganser setzte den Schwerpunkt auf das Strategie- und Transparenzdefizit deutscher Verteidigungsplanung. Deutschland sei tief in den *NATO Defence Planning Process* eingebunden und stimme weitreichenden Fähigkeitszielen selbst zu. Gerade deshalb könne die Bundesregierung NATO-Anforderungen nicht als externe Vorgaben behandeln, denen sie lediglich folgen müsse. Problematisch sei vielmehr, dass zentrale Entscheidungen über Fähigkeiten, Stationierungen und milliarden schwere Rüstungsprogramme häufig nicht ausreichend öffentlich strategisch begründet würden. Damit zielte Ganser auf eine

demokratiepolitische und strategische Leerstelle. Verteidigungsplanung erscheint in Deutschland oft als administrativer Vollzug bündnispolitischer Verpflichtungen, obwohl sie Grundentscheidungen über sicherheitspolitische Rolle, Risikobereitschaft, Ressourceneinsatz und militärische Prioritäten enthält. Besonders deutlich wurde dies an der Frage finanzieller, personeller und industrieller Grenzen. Werden diese Grenzen nicht offen benannt, entsteht eine Kluft zwischen politischer Ambition und realer militärischer Verfügbarkeit.

Nultsch akzentuierte stärker die Planungs- und Umsetzungslogik. Verteidigungsplanung müsse heute kurzfristige Einsatzbereitschaft, mittelfristigen Fähigkeitsaufbau und langfristige Strukturplanung zugleich leisten. Der Ukrainekrieg und die veränderte Lage an der NATO-Ostflanke hätten früher abstrakte Szenarien in konkrete Planungsanforderungen verwandelt. Damit verschiebt sich der Maßstab: Verteidigungsplanung muss nicht nur Programme formulieren, sondern reale Durchhaltefähigkeit, Skalierbarkeit und Einsatzbereitschaft erzeugen.

Ein zentraler Punkt war die Unterscheidung zwischen Haushaltsaufwuchs und tatsächlicher Fähigkeitsproduktion. Höhere Verteidigungsausgaben sind notwendig, aber nicht hinreichend. Rüstungsproduktion, Lieferketten, Vorprodukte, Zulassungsverfahren, Personal und industrielle Skalierbarkeit lassen sich nicht

beliebig kurzfristig ausweiten. Am Beispiel von Munition wurde sichtbar, dass Verteidigungsfähigkeit nicht allein vom Haushalt abhängt, sondern von industrieller Durchhaltefähigkeit. Politisch tragfähig werden Vorhaben vor allem dort, wo nationale Bedarfe, NATO-Verpflichtungen und industriepolitische Interessen zusammenfallen.

Die Diskussion weitete den Blick auf europäische Verteidigungsfähigkeit insgesamt. Mehrfach wurde betont, dass Deutschland angesichts seiner finanziellen und industriellen Möglichkeiten stärker konzeptionell führen müsse. Dies gelte auch für Rüstungskontrolle: Kurzfristig erscheine sie gegenüber Russland kaum erfolgversprechend, mittelfristig müsse sie jedoch vorbereitet werden. Verteidigungsplanung wurde damit nicht als Gegenbegriff zu Rüstungskontrolle verstanden, sondern als Voraussetzung, um künftige Begrenzungs- und Stabilitätsformate aus einer Position belastbarer Handlungsfähigkeit heraus entwickeln zu können.

Zentral war zudem die Frage, ob eine defensive sicherheitspolitische Grundausrichtung ausreicht. Die Diskussion machte deutlich, dass Verteidigung operativ nicht rein defensiv gedacht werden kann. Luftverteidigung, Schutz kritischer Infrastrukturen und Abschreckung können Fähigkeiten erfordern, gegnerische Bedrohungsquellen zu bekämpfen. Solche Fähigkeiten lassen sich jedoch nicht allein waffentechnisch begründen. Sie müssen in ihrer strategischen Funktion, politischen Einbettung und Eskalationslogik diskutiert werden.

Ein wiederkehrender Punkt war die Beschleunigung militärischer Innovationszyklen. Drohnen, Drohnenabwehrsysteme, Automatisierung, Robotisierung und im Ukrainekrieg erprobte Technologien stellen klassische Beschaffungslogiken infrage. Die Diskussion berührte dabei auch ethische Fragen autonomer Systeme, verschob den Schwerpunkt jedoch auf Verantwortung, Missionsabbruchfähigkeit und operative Kontrolle. Damit trat eine zentrale Spannung hervor: Während sich das Gefechtsfeld technologisch schnell verändert, bleiben staatliche Beschaffung, Zulassung und industrielle Skalierung vergleichsweise langsam.

Panel III zeigte damit, dass Bedrohungsperzeptionen nicht bei der Wahrnehmung äußerer Gefahren enden. Sie müssen politisch verarbeitet, strategisch priorisiert, finanziell hinterlegt, industriell umgesetzt und gesellschaftlich getragen werden. Bedrohung wurde nicht allein als militärische Kräftebilanz verstanden, sondern als Zusammenspiel von Gegnerfähigkeit, eigener Verwundbarkeit, Bündnisabhängigkeit, industrieller Leistungsfähigkeit, gesellschaftlicher Resilienz und politischer Risikobereitschaft. Der zentrale Befund des Panels lautete daher: Die sicherheitspolitische Herausforderung liegt nicht nur darin, Bedrohungen zu erkennen, sondern sie in kohärente und belastbare Handlungsfähigkeit zu übersetzen. Gerade diese Übersetzungsleistung bleibt in Deutschland und Europa brüchig.

Panel IV: Kriegstüchtigkeit, Militarisierung und Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik

Das vierte Panel verhandelte die gegenwärtige Neuorientierung deutscher Sicherheitspolitik als Konkurrenz unterschiedlicher Deutungsrahmen. Zur Debatte stand, ob die sicherheitspolitischen Veränderungen seit 2022 als notwendige Kriegstüchtigkeit, als problematische Militarisierung oder als überfällige Normalisierung zu verstehen sind. In den Eingangsstatements unter der Moderation von **Prof. Dr. Michael Staack** markierten der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Wehrbeauftragte a.D. **Dr. Hans-Peter Bartels**, **Prof. Dr. Johannes Varwick** und **Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann** drei unterschiedliche Positionen, die in der Diskussion auf Deutschlands europäische Führungsrolle, gesellschaftliche Legitimation und strategische Eskalationskontrolle ausgeweitet wurden.

Bartels ordnete die Defizite der Bundeswehr historisch-institutionell ein. Die Streitkräfte seien nach 1990 bewusst auf internationales Krisenmanagement und Stabilisierungseinsätze zugeschnitten worden. Die Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung bedeute daher nicht nur materielle Nachrüstung, sondern eine Umstellung des sicherheitspolitischen Bezugssystems. Aus dieser Perspektive erscheint die aktuelle Neuausrichtung weniger als Ausnahmezustand denn als institutionelle Normalisierung: Die Bundeswehr müsse wieder auf jene Aufgaben vorbereitet werden, die im Bündnisfall von ihr erwartet werden.

Varwick warnte demgegenüber vor einer semantischen und strategischen Übermilitarisierung. Verteidigungsfähigkeit sei notwendig; der Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ setze jedoch einen politischen Grundton, der militärische Mittel überakzentuieren und Eskalationslogiken begünstigen könne. Die Frage sei nicht, ob Deutschland verteidigungsfähig sein müsse, sondern welche Sprache, welche Prioritäten und welche politische Einbettung diese Neuorientierung prägen. Damit rückte Varwick die Gefahr in den Vordergrund, dass Bedrohungsperzeptionen in eine sicherheitspolitische Selbstbeschreibung übersetzt werden, die politische Handlungsräume verengt und zugleich das Sicherheitsdilemma ausblendet.

Wittmann setzte stärker bei glaubwürdiger Abschreckung gegenüber Russland an. Bedrohungen ergäben sich aus Fähigkeiten und Absichten; beides müsse im Fall Russlands ernst genommen werden. Verteidigungsfähigkeit umfasse nicht allein militärische Kapazitäten, sondern auch gesellschaftliche Resilienz, Zivilschutz, Versorgungssicherheit und zivil-militärische Zusammenarbeit. Abschreckung wurde damit als gesamtstaatliche Aufgabe verstanden, die über Streitkräfteplanung hinausreicht und politische wie gesellschaftliche Durchhaltefähigkeit voraussetzt.

In der Diskussion wurde diese Kontroverse zunächst auf Deutschlands Rolle in Europa übertragen. Besonders die Formel von Deutschland als

„stärkster konventioneller Armee Europas“ wurde kritisch diskutiert. Sie könne in europäischen Nachbarstaaten historisch begründete Befürchtungen wecken und müsse daher durch einen verantwortungsbasierten Führungsbegriff ersetzt werden. Deutsche Führungsfähigkeit wurde nicht als militärischer Dominanzanspruch verstanden, sondern als bündnisintegrierte Ko-Führung im Rahmen von NATO und EU. Deutschland müsse Partner einbinden, Bündnisverpflichtungen glaubwürdig erfüllen und Verteidigungsfähigkeit europäisch organisieren. Militärische Stärke ohne politische Einbettung wäre strategisch kontraproduktiv.

Ein zweiter Schwerpunkt lag auf der Differenz zwischen Verteidigungsfähigkeit und Kriegstüchtigkeit. Zwar bestand weitgehend Einigkeit, dass Deutschland nach Jahrzehnten des Fähigkeitsabbaus nachsteuern müsse, umstritten blieb jedoch, welche Sprache und strategische Logik diese Nachsteuerung prägen soll. Der Hinweis Varwicks auf eine defensiv strukturierte Verteidigungsfähigkeit beziehungsweise „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ verband die Debatte mit klassischen sicherheitstheoretischen Überlegungen zum Sicherheitsdilemma. Damit ging es nicht um eine einfache Gegenüberstellung von Aufrüstung und Abrüstung, sondern um die Frage, wie Abschreckung glaubwürdig organisiert werden kann, ohne selbst als offensives Bedrohungssignal zu wirken.

Der Ukrainekrieg bildete den normativen und strategischen Hintergrund der Debatte. Einerseits wurde betont, dass territoriale Konzessionen an Russland Gewaltpolitik belohnen, ukrainische Souveränität relativieren und die Bevölkerung in den besetzten

Gebieten ausblenden würden. Andererseits wurde gefragt, ob eine politische Lösung ohne Berücksichtigung russischer roter Linien erreichbar sei. Umstritten blieb insbesondere, ob die NATO-Perspektive der Ukraine ein notwendiges Sicherheitsversprechen oder ein friedenspolitisches Hindernis darstellt. Damit verbanden sich unterschiedliche Friedensvorstellungen: Frieden als Wiederherstellung verletzter Souveränität einerseits, Frieden als Begrenzung weiterer Eskalation andererseits.

Aus dem Publikum wurde zudem die Frage aufgeworfen, ob Aufrüstung selbst eine Eskalationsspirale befördern könne. Die Antworten bewegten sich zwischen dem Verweis auf die veränderte Bedrohungslage seit dem russischen Angriffskrieg und der Forderung, militärische Maßnahmen politisch eingebettet zu halten. Abschreckung erschien dadurch nicht als rein militärisches Konzept, sondern als Teil einer umfassenderen Risikoarchitektur aus Bündniskoordination, Diplomatie, wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit, gesellschaftlicher Resilienz und politischer Kommunikation.

Ein weiterer Diskussionsstrang betraf die innenpolitische Verarbeitung der sicherheitspolitischen Neuorientierung. Mehrere Beiträge warnten davor, Verteidigungsausgaben gegen soziale Infrastruktur auszuspielen oder sicherheitspolitische Entscheidungen ohne ausreichende gesellschaftliche Vermittlung durchzusetzen. Höhere Verteidigungsausgaben mögen fiskalisch möglich sein; politisch tragfähig werden sie nur durch klare Priorisierung, gutes Regieren und glaubwürdige Kommunikation. Bedrohungsperceptionen erzeugen nicht automatisch Zustimmung. Sie müssen demokratisch plausibilisiert werden.

Panel IV verband damit außenpolitische Bedrohungsanalyse mit der innenpolitischen Frage nach Legitimität, Ressourcen und strategischer Selbstbeschreibung Deutschlands. Drei Spannungen prägten die Diskussion: Führungsverantwortung versus historische Sensibilität, Abschreckung versus Eskalationskontrolle und Verteidigungsfähigkeit versus gesellschaftliche Belastbarkeit. Mit Blick auf das Tagungsthema zeigte das Panel, dass Bedrohungspereptionen nicht nur Lageeinschätzungen sind. Sie strukturieren Begriffe, Rollenbilder, Haushaltsentscheidungen

und gesellschaftliche Erwartungen. Je nachdem, ob Russland als akute militärische Bedrohung, als langfristiger strategischer Gegner oder als Akteur innerhalb eines eskalationsanfälligen Sicherheitsdilemmas verstanden wurde, verschoben sich auch die politischen Schlussfolgerungen. Die Debatte kreiste daher nicht schlicht um mehr oder weniger Aufrüstung, sondern um die Frage, welche Art sicherheitspolitischer Macht Deutschland in Europa sein soll: militärisch glaubwürdig, bündnisintegriert, strategisch kontrolliert und gesellschaftlich legitimiert.

Schlussworte

In ihren abschließenden Bemerkungen würdigten WIFIS-Vorstandsmitglied **Prof. Dr. Gunther Hauser** und **General a.D. Erhard Bühler** die Jahrestagung als Forum eines offenen und zugleich fachlich fundierten sicherheitspolitischen Austauschs. Hervorgehoben wurde insbesondere die Bereitschaft der Teilnehmenden, unterschiedliche Perspektiven auf gegenwärtige Bedrohungslagen, sicherheitspolitische Prioritäten und strategische Handlungsoptionen kontrovers zu diskutieren, ohne dabei den Rahmen eines respektvollen wissenschaftlichen Dialogs zu verlassen.

Die Tagung habe deutlich gemacht, dass Bedrohungspereptionen weder einheitlich noch statisch sind. Unterschiedliche Einschätzungen zur russischen Bedrohung, zur Rolle militärischer Abschreckung, zu den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle oder zur zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung seien nicht als Ausdruck unvereinbarer Positionen

erschienen, sondern als Ergebnis unterschiedlicher analytischer Zugänge, historischer Erfahrungen und normativer Gewichtungen. Gerade diese Pluralität der Perspektiven habe den wissenschaftlichen Ertrag der Veranstaltung ausgemacht.

Zugleich wurde darauf verwiesen, dass die Diskussionen zahlreiche weiterführende Fragen offengelassen hätten. Dies betreffe insbesondere die zukünftige Rolle Europas in einer zunehmend fragmentierten internationalen Ordnung, die langfristige Ausgestaltung der Beziehungen zu Russland, die Verbindung von Verteidigungsfähigkeit und Eskalationskontrolle sowie die institutionellen Voraussetzungen einer stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Tagung verstand sich insofern weniger als Abschluss einer Debatte denn als Beitrag zu einem fortlaufenden sicherheitspolitischen Reflexionsprozess.

Abschließend dankten die Veranstalter den sachkundigen Referierenden,

Kommentierenden und Teilnehmenden für ihre Beiträge sowie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg für die Ausrichtung der Tagung. Mit Hinweisen zur Mitgliederversammlung, zum WIFIS-Kolloquium für

NachwuchswissenschaftlerInnen sowie zu weiteren Veranstaltungen von WIFIS und Clausewitz-Gesellschaft endete die WIFIS-Jahrestagung 2026.

Schlussbetrachtung: Bedrohungsperzeptionen im Spiegel der Tagungsbeiträge

Die WIFIS-Jahrestagung 2026 zeigte, dass Bedrohungsperzeptionen keine bloßen Begleiterscheinungen sicherheitspolitischer Entscheidungen sind. Sie strukturieren vielmehr wesentlich, welche Entwicklungen als sicherheitsrelevant gelten, welche politischen Optionen plausibel erscheinen und welche Ressourcen mobilisiert werden können und sollen. Bedrohungen werden nicht unabhängig von materiellen Fähigkeiten, politischen Absichten und historischen Erfahrungen wahrgenommen. Ebenso wenig lassen sie sich auf diese Faktoren reduzieren. Gerade in der Verbindung von Lageanalyse, Deutung, Kommunikation und politischer Folgerung entsteht ihre sicherheitspolitische Wirkung.

Ein **erster Befund** der Tagung lag in der analytischen Unterscheidung zwischen Bedrohung, Bedrohungswahrnehmung und Bedrohungsnarrativ. Die russische Aggression gegen die Ukraine wurde in den Diskussionen an keiner Stelle negiert oder relativiert. Kontrovers blieb jedoch, welche Schlüsse daraus für die vermeintliche Bedrohung der NATO, die europäische Sicherheitsordnung, die künftige Rüstungskontrolle und die deutsche Verteidigungsplanung zu ziehen sind. Damit wurde sichtbar, dass die Anerkennung einer realen Bedrohung nicht

automatisch zu einer einheitlichen strategischen Bewertung hinsichtlich der notwendigen Reaktionen führt. Zwischen militärischer Fähigkeit, politischer Absicht, subjektiver Wahrnehmung und strategischer Kommunikation bestehen analytische Unterschiede, die sicherheitspolitisch folgenreich sind.

Ein **zweiter Befund** betraf das Verhältnis von Abschreckung und Risikobegrenzung. In mehreren Beiträgen wurde betont, dass europäische Verteidigungsfähigkeit angesichts russischer Aggression und der Erosion kooperativer Sicherheitsstrukturen gestärkt werden müsse. Zugleich wurde wiederholt davor gewarnt, Sicherheitspolitik auf Aufrüstung, nukleare Abschreckung oder militärische Handlungsfähigkeit zu verengen. Die Tagung führte damit nicht zu einer einfachen Gegenüberstellung von Verteidigung und Dialog. Vielmehr zeigte sich, dass glaubwürdige Abschreckung, strategische Kommunikation, Rüstungskontrolle und diplomatische Eskalationskontrolle zusammen gedacht werden müssen. Verteidigungsfähigkeit ersetzt Risikobegrenzung nicht; sie kann deren Voraussetzung sein, bleibt aber selbst erklärungs- und kontrollbedürftig.

Drittens trat die Übersetzungsproblematik von sicherheitspolitischen

Bedrohungsdiagnosen deutlich hervor. Bedrohungen zu erkennen, genügt nicht. Sie müssen in Prioritäten, Fähigkeiten, Haushaltsentscheidungen, industrielle Kapazitäten, Beschaffungsprozesse und gesellschaftliche Akzeptanz überführt werden. Gerade an der Streitkräfteplanung wurde sichtbar, dass Deutschland und Europa nicht nur vor einem Ressourcenproblem stehen, sondern vor einem Kohärenzproblem: Politische Ambitionen, bündnispolitische Zusagen, industrielle Realitäten und operative Verfügbarkeit fallen nicht automatisch zusammen. Bedrohungsperzeptionen gewinnen erst dann an strategischer Bedeutung, wenn sie in belastbare Handlungsfähigkeit übersetzt werden.

Viertens wurde Sicherheit in den Beiträgen nicht allein militärisch verstanden. Wiederkehrende Themen waren kritische Infrastrukturen, gesellschaftliche Resilienz, technologische Innovationszyklen, Rüstungsindustrie, demokratische Legitimation, soziale Verteilungskonflikte und politische Kommunikation. Damit verschob sich der Blick von der Bedrohung als äußerer Gefahr auf die Verwundbarkeit politischer Gemeinwesen. Eine Gesellschaft ist nicht nur dadurch bedroht, dass ein Gegner über militärische Fähigkeiten verfügt. Sie ist auch dann verwundbar, wenn sie Bedrohungen nicht plausibel bewertet, strategische Prioritäten nicht begründet, Ressourcen nicht wirksam organisiert oder sicherheitspolitische Entscheidungen nicht demokratisch vermittelt.

Fünftens machte die Tagung deutlich, dass europäische Sicherheit vor allem eine Frage politischer Ordnungsvorstellungen ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine steht im

Zusammenhang konkurrierender Vorstellungen von Souveränität, Einflusszonen, Selbstbestimmung und institutioneller Ordnung. Zugleich zeigte die Debatte über Völkerrecht, globale Wahrnehmungsunterschiede und nukleare Stabilität, dass westliche Sicherheits- und Ordnungspolitik auf Glaubwürdigkeit angewiesen bleibt. Wer regelbasierte Ordnung verteidigen will, muss normative Maßstäbe konsistent anwenden und politische Macht institutionell einhegen.

Für Deutschland ergab sich daraus eine besonders anspruchsvolle Rolle. Die Bundesrepublik soll mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen, muss diese Verantwortung aber europäisch einbetten, historisch sensibel kommunizieren und gesellschaftlich legitimieren. Die Debatte über „Kriegstüchtigkeit“, „Normalisierung“ und „Militarisierung“ zeigte, dass Begriffe selbst Teil sicherheitspolitischer Wirklichkeit sind. Sie markieren nicht nur analytische Kategorien, sondern prägen Erwartungshaltungen, politische Prioritäten und gesellschaftliche Akzeptanz. Deutsche Sicherheitspolitik steht daher vor der Aufgabe, Verteidigungsfähigkeit aufzubauen, ohne ihre strategische Selbstbeschreibung auf militärische Stärke zu reduzieren.

Der zentrale Ertrag der Tagung liegt **sechstens** in der Einsicht, dass Bedrohungsperzeptionen an der Schnittstelle von Analyse und Politik wirken. Sie übersetzen materielle Entwicklungen in politische Dringlichkeit, können aber auch Fehlwahrnehmungen, Überdehnungen oder strategische Selbsttäuschungen erzeugen. Eine belastbare Sicherheitspolitik muss daher beides leisten: Reale Bedrohungen ernst nehmen und ihre Wahrnehmung kritisch prüfen. Sie muss

Fähigkeiten aufbauen, ohne Eskalationsrisiken und Sicherheitsdilemmata auszublenzen; Dialogfähigkeit erhalten, ohne Aggressionen zu verharmlosen; gesellschaftliche Resilienz stärken, ohne Sicherheit gegen demokratische und soziale Grundlagen auszuspielen.

Die Jahrestagung machte damit **sieb-tens** deutlich, dass europäische Sicherheit in den kommenden Jahren nicht allein an höheren Verteidigungsausgaben, neuen Fähigkeitszielen


oder institutionellen Reformen zu messen sein wird. Entscheidend wird sein, ob Politik, Streitkräfte, Wissenschaft und Gesellschaft zu einer präzisen, selbstkritischen und handlungsfähigen Bedrohungsanalyse gelangen. Bedrohungsperzeptionen sind dabei nicht das Gegenteil strategischer Rationalität. Sie sind deren Voraussetzung und Risiko zugleich.



WIFIS-Jahrestagung 2026
„Bedrohungsperzeptionen“


Panel 3:
Streitkräfteplanung:
Stand und Kritik

Helmut Ganser und Gert Nultsch
Moderation: Dan Krause



WIFIS

Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e.V.



WIFIS-Jahrestagung 2026
„Bedrohungsperzeptionen“

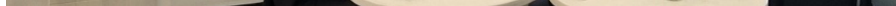
Panel 4: Kriegstüchtigkeit,
Militarisierung oder
Normalisierung?

Hans-Peter Bartels, Klaus Wittmann und
Johannes Varwick
Moderation: Michael Staack



WIFIS

Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e.V.







Photos: Lena Strauß, Luisa Tiesies, Alisa Grunert

Programm WIFIS-Jahrestagung 2026 (in Kooperation mit der Clausewitz-Gesellschaft)

Tagungsort: Steintorcampus, Hörsaal II und I sowie Seminarraum 1 und 2, Emil-Abderhalden Str. 28/ Ecke Adam-Kuckhoff-Straße, 06108 Halle (Saale)

TAG 1: Donnerstag, 28. Mai 2026

- 12.00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Thema
Prof. Dr. Johannes Varwick
General a.D. Erhard Bühler
- 12.30Uhr Panel 1: Was bedroht deutsche und europäische Sicherheit?
General a.D. Erhard Bühler
Prof. Dr. Klaus Schlichte
Moderation: Prof. Dr. Johannes Varwick, Präses WIFIS
- 14.00 Uhr Mittagsimbiss (*Seminarraum 1*)
- 14.45 Uhr Panel 2: Die Bedrohung aus Russland und die
Verteidigungsfähigkeit der Nato
Oberst a.D. Wolfgang Richter
Prof. Dr. Gerlinde Groitl
Moderation: Brigadegeneral a.D. Reiner Schwalb, WIFIS-Vorstand
- 17.15 Uhr Kaffeepause und Austausch (*Seminarraum 1*)
- 18.00 Uhr Vortrag MdB Dr. Rolf Mützenich (Hörsaal I)
Zur Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur
Kommentar: Alisa Grunert M.A., Martin-Luther-Universität Halle
Moderation: MdB. a. D. Michael Müller, WIFIS Vorstand
- 20.00 Uhr Empfang /Abendimbiss
(Seminarraum 1, ausschließlich für TagungsteilnehmerInnen)

TAG 2: Donnerstag, 29. Mai 2026

- 09.00 Uhr Panel 3: Streitkräfteplanung: Stand und Kritik
Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser
Generalleutnant a.D. Gert Nultsch
Moderation: Dr. Dan Krause, WIFIS Vorstand
- 10.30 Uhr Kaffee-/Teepause (*Seminarraum 1*)

- 11.00 Uhr Panel 4: Kriegstüchtigkeit, Militarisierung oder Normalisierung deutscher Sicherheitspolitik?
Dr. Hans-Peter Bartels
Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann
Prof. Dr. Johannes Varwick
Moderation: Prof. Dr. Michael Staack, eh. Präses WIFIS
- 12.45 Uhr Schlusswort
Prof. Dr. Gunther Hauser, WIFIS Vorstand
General a.D. Erhard Bühler, Clausewitz-Gesellschaft
- 13.00 Uhr Mittagsimbiss (Seminarraum 1)
- 14:00 Uhr Mitgliederversammlung von WIFIS
(Seminarraum 2, gesonderte Einladung)
- 15:00 Uhr WIFIS-Kolloquium 2026 für NachwuchswissenschaftlerInnen
(Seminarraum 2, gesonderte Einladung mit Programm)